

Niederschrift

RAT/VII/21

Niederschrift über die Sitzung des Rates der Gemeinde Rosendahl am 23.11.2006 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, 48720 Rosendahl.

Anwesend waren:

Der Bürgermeister

Niehues, Franz-Josef

Die Ratsmitglieder

Barenbrügge, Theodor
Branse, Martin
Everding, Clara
Fedder, Ralf
Fliß, Thomas
Haßler, Christa
Henken, Theodor
Isfort, Mechthild
Kuhl, Horst
Löchtefeld, Klaus
Mensing, Hartwig
Neumann, Michael
Niehues, Hubert
Reints, Hermann
Riermann, Günter
Rottmann, Josef
Schenk, Klaus
Schröer, Martin
Schulze Baek, Franz-Josef
Söller, Hubert
Steindorf, Ralf
Tendahl, Ludgerus
Weber, Winfried
Wessendorf, Ulrich
Wünnemann, Werner

Von der Verwaltung

Gottheil, Erich	Allgemeiner Vertreter
Wellner, Norbert	Fachbereichsleiter
Roters, Dorothea	Schriftführerin

Es fehlten entschuldigt:

Die Ratsmitglieder

Newman, Claudia

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 22:00 Uhr

Tagesordnung

Bürgermeister Niehues begrüßte die Ratsmitglieder, die zahlreich erschienenen Zuhörer sowie den Vertreter der Presse, Herrn Wittenberg.

Er stellte fest, dass mit Einladung vom 14. November 2006 form- und fristgerecht geladen wurde und dass der Rat beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Er erkundigte sich nach möglichen Anträgen zur Erweiterung des Tagesordnung.

Fraktionsvorsitzender Steindorf erläuterte, dass seine Fraktion eine Resolution zur geplanten Erhöhung der Elternbeiträge durch den Kreis Coesfeld vorbereitet habe, über die er im Rat abstimmen lassen möchte, um diese dann an den Landrat weiterzuleiten. Er bat daher um Erweiterung der Tagesordnung um diesen Punkt.

Bürgermeister Niehues begründete die Dringlichkeit für die Erweiterung der Tagesordnung, indem er darauf hinwies, dass die Beratung einer Resolution in der nächsten Ratssitzung am 21. Dezember 2006 keinen Sinn mehr mache, da der Kreistag bereits am 20. Dezember 2006 über die Erhöhung der Elternbeiträge entscheiden werde. Er schlage daher vor, die Tagesordnung um den TOP 7 „Resolution des Rates der Gemeinde Rosendahl gegen die Erhöhung der Elternbeiträge durch den Kreis Coesfeld“ zu erweitern. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte würden entsprechend aufrücken.

Sodann **stimmte** der Rat der vorgeschlagenen Erweiterung der Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

1 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ratssitzungen

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung des Rates gefassten Beschlüsse. Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

2 Aufstellung einer Außenbereichssatzung "Südlicher Teilbereich der Bauerschaft "Midlich" im Ortsteil Osterwick gemäß § 35 Abs. 6 Baugesetzbuch (BauGB)

hier: **Aufstellungsbeschluss gemäß § 35 Abs. 6 Baugesetzbuch (BauGB) sowie Offenlegungsbeschluss gemäß § 13 Abs.**

2

Satz

2

BauGB

Vorlage: VII/439

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass das bereits erstellte Protokoll der letzten Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses den Ratsmitgliedern noch nicht kopiert werden konnte und bat hierfür um Verständnis.

Sodann stellte er kurz den Sachverhalt des zu beratenden Tagesordnungspunktes dar.

Anschließend erläuterte Fachbereichsleiter Wellner weitere Einzelheiten anhand von Folien.

Ratsmitglied Löchtefeld fragte nach, ob durch die vorgesehenen Änderungen auch die Interessen von Landwirten berührt seien, die ggf. zu einem späteren Zeitpunkt ein Bauvorhaben planen könnten.

Fachbereichsleiter Wellner wies darauf hin, dass bei jedem neuen Bauvorhaben der rechtliche Rahmen im Verfahren erneut geprüft werden müsste.

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Das Verfahren zur Aufstellung der Außenbereichssatzung „Südlicher Teilbereich der Bauerschaft Midlich“ im Ortsteil Osterwick wird gemäß § 35 Abs. 6 Baugesetzbuch (BauGB) in der zzt. gültigen Fassung für das Gebiet, das dem der Sitzungsvorlage Nr. VII/439 beigefügten Entwurf zu entnehmen ist, beschlossen.

Der Plan ist Bestandteil des Beschlusses.

Der Entwurf der Außenbereichssatzung „Südlicher Teilbereich der Bauerschaft Midlich“ im Ortsteil Osterwick wird gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt. Weiterhin erfolgt die Benachrichtigung der berührten Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3 38. Änderung des Flächennutzungsplanes im Ortsteil Holtwick (Bereich "Schleestraße")

**hier: Aufhebung des Feststellungsbeschlusses vom 31.08.2006
sowie Beschlussfassung über die erneute öffentliche
Auslegung gem. § 4a Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB)**

Vorlage: VII/443

Vor Beratung des Tagesordnungspunktes 3 ö.S. erklärte sich Bürgermeister Niehues bezüglich der TOP 3 und 4 ö.S. für befangen und übergab die Sitzungsleitung an Ratsmitglied Rottmann als stellvertretenden Bürgermeister ab. Er nahm an der Beratung und Abstimmung dieser Tagesordnungspunkte nicht teil.

Ratsmitglied Rottmann stellte als Sitzungsleiter kurz die Sachlage dar.

Ratsmitglied Wünnemann erklärte, dass er nicht gegen die geplante Erweiterung sei, jedoch hinsichtlich möglicher Immissionen Schwierigkeiten befürchte. Er rate daher zu vorsichtigem Vorgehen.

Der Rat fasste sodann folgenden **Beschluss**:

Der am 31.08.2006 gefasste Feststellungsbeschluss wird aufgehoben.

Der Entwurf der 38. Änderung des Flächennutzungsplanes im Ortsteil Holtwick wird gem. § 4a Absatz 3 des Baugesetzbuches (BauGB) **erneut** öffentlich ausgelegt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

- 4 **Aufstellung des Bebauungsplanes "Schleestraße" im Ortsteil Holtwick**
hier: **Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3**
Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie Beschlussfassung
über die erneute öffentliche Auslegung gem. § 4a Abs. 3
BauGB
Vorlage: VII/416

Bereits vor der Beratung des Tagesordnungspunktes 3 ö.S. hatte sich Bürgermeister Niehues bezüglich der TOP 3 und 4 ö.S. für befangen erklärt und die Sitzungsleitung an Ratsmitglied Rottmann als stellvertretenden Bürgermeister abgegeben. Er nahm an der Beratung und Abstimmung dieser Tagesordnungspunkte nicht teil.

Ratsmitglied Rottmann erläuterte als Sitzungsleiter kurz den Sachverhalt. Er wies darauf hin, dass der vorgesehene Beschlussvorschlag um die Formulierung „Es werden nur Anregungen zu den geänderten oder ergänzten Teilen zugelassen.“ ergänzt werden müsse, wie dieses in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses auch beschlossen worden sei.

Der Rat fasste sodann folgenden **Beschluss:**

Den Beschlussvorschlägen entsprechend den der Sitzungsvorlage Nr. VII/416 beigefügten Empfehlungen wird zugestimmt.

Der Bebauungsplan „Schleestraße“ mit dazugehöriger Begründung nebst Umweltbericht wird gem. § 4a Abs. 3 des Baugesetzbuches (BauGB) **erneut** öffentlich ausgelegt.

Es werden nur Anregungen zu den geänderten oder ergänzten Teilen zugelassen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 5 **Vorstellung eines Konzeptes für die Installierung einer Holzhackschnitzelheizung für das Schulzentrum im Ortsteil Osterwick**
Vorlage: VII/441

Vor Einstieg in den Tagesordnungspunkt 5 ö.S. übernahm Bürgermeister Niehues wieder die Sitzungsleitung.

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss hatte in seiner Sitzung am 16.11.2006 den umfassenden Bericht von Herrn Seeger vom gleichnamigen Büro Idee-Seeger, Hessisch Lichtenau, nach anschließender ausführlicher Aussprache zur Kenntnis genommen und auf eine Beschlussempfehlung an den Gemeinderat über die Wahl der Heizungsanlage und das weitere Vorgehen verzichtet. Seitens der Verwaltung war allen Ratsmitgliedern rechtzeitig zur Ratssitzung der Vortrag von Seeger mit ergänzenden Unterlagen sowie ein entsprechender Beschlussvorschlag mit zwei Alternativen (A und B) zugeleitet worden. Diese Unterlagen sind als Ergänzung der Sitzungsvorlage VII/441 (als Anlagen A – C gekennzeichnet) beigelegt.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erläuterte zunächst, dass als Alternative zu dem Beschlussvorschlag, die neue Heizungsanlage – gleich welcher Art – im Sommer 2007 in Betrieb zu nehmen, es auch denkbar und überlegenswert sei, die Maßnahme um ein Jahr zu verschieben. Diese Vorgehensweise böte insbesondere den Zeitrahmen einer gründlichen Planungs- und Entscheidungsphase; dies gelte auch ganz besonders für den Fall einer Contracting-Ausschreibung. Die Verschiebung brächte keine finanzwirtschaftlichen Nachteile mit sich, da trotz höherer Energiekosten im Gegenzuge auch keine Veranschlagungen für Abschreibung und Verzinsung einer neuen Anlage notwendig würden (die bisherige Heizungsanlage sei abgeschrieben). Im übrigen könnte die aktuell bevorstehende Mehrwertsteuererhöhung die Durchführung der Maßnahme in 2007 konjunkturbedingt negativ beeinflussen. Darüber hinaus seien für 2007 bereits für unaufschiebbare und beschlossene Maßnahmen (Entlastungsstraße Osterwick, Kunstrasenplätze, Erweiterung Gewerbegebiet Darfeld) Finanzmittel in nicht unerheblicher Höhe erforderlich. Mit dieser Lösungsalternative einhergehend stelle sich jedoch das Problem der Sicherstellung der Heizversorgung. Für den Fall, dass der alte Heizkessel (Baujahr 1979) versage, könnte bei Notwendigkeit ein neuer Heizungskessel aufgestellt und zugeschaltet werden, der dann im Zuge der Gesamtmaßnahme als Spitzenkessel mit dem Standort Zweifachsporthalle - wie ohnehin nach dem Konzept Seeger vorgesehen - dienen könnte. Entscheide sich die Politik für eine Verschiebung der Heizungssanierung um ein Jahr, müssten auf jeden Fall die notwendigen Kosten für die Installierung eines neuen Gasspitzenkessels von ca. 30 – 35.000 € im kommenden Haushalt veranschlagt werden, um ggf. kurzfristig reagieren zu können. Zu guter Letzt wurde nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Verschiebung der Maßnahme um ein Jahr eine mögliche Alternative zu dem für den Gemeinderat vorgelegten Beschlussvorschlag sei.

Bürgermeister Niehues wies ergänzend darauf hin, dass die Alternative insbesondere die Beratungszeit der politischen Gremien verlängere, um dann auch ohne Zeitdruck eine Contracting-Ausschreibung vorzubereiten, wenn dieses vom Rat denn so gewünscht werden sollte.

Allgemeiner Vertreter Gottheil wies noch einmal darauf hin, dass wegen der langen Lieferzeiten nicht zu viel Bedenkzeit verstreichen dürfe und Handlungsdruck bestünde, wolle man die neue Anlage im September 2007 in Betrieb nehmen. Der Zeitrahmen sei dann um so enger, wenn noch eine Contracting-Ausschreibung zwischengeschaltet werden sollte.

Ratsmitglied Kuhl zählte auf, welche umfangreichen Überlegungen bedacht werden müssten, wie zum Beispiel welche Abhängigkeiten im Rahmen eines Contracting entstünden, wie hoch die Belastungsfähigkeit des Schulhofes für anliefernde LKW sei, ob eigene Holzressourcen verwendbar seien und in welchem Umfang örtliche Firmen eingebunden werden könnten.

Fraktionsvorsitzender Branse erinnerte daran, dass jede Entscheidung bezüglich der Wahl eines Heizungssystems Unwägbarkeiten aufgrund der nicht bekannten zukünftigen Energiepreise mit sich brächte. Contracting könne dabei eine interes-

sante Variante sein, müsse aber genau geprüft werden. Seine Fraktion könne sich vorstellen, bereits im Vorfeld notwendige Maßnahmen, wie z.B. den Verbindungskanal von der Heizzentrale bis zum Heizkessel in der Zweifachsporthalle vorzunehmen, um dann in Ruhe die weitere Vorgehensweise zu planen.

Allgemeiner Vertreter Gottheil wandte ein, dass im Falle von Contracting der betreffende Unternehmer die gesamte Baumaßnahme durchführen und die finanzielle Last dafür tragen sollte. Dieses wäre ein wichtiger Aspekt bei der Wahl der Contracting-Variante. Außerdem sei ein Unternehmer im Gegensatz zur Gemeinde nicht an die VOB gebunden, was ebenfalls von Vorteil sei.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass eine Contracting-Ausschreibung auch wieder aufgehoben werden könne, falls sich diese Variante als nicht wirtschaftlich für die Gemeinde herausstellen sollte. Bezüglich vorzeitiger Investitionen erklärte er, dass dieses nur für den Fall angedacht werden könne, dass ein Heizkessel vorzeitig ausfallen würde, um auf diesem Wege die Beheizung der Gebäude im Winter sicherzustellen.

Fraktionsvorsitzender Steindorf betonte, dass seine Fraktion die Verwendung regenerativer Energien befürworte. Er sprach die Befürchtung aus, dass eine Verschiebung der Maßnahme auf einen späteren Zeitpunkt die Gefahr bringe, dass sich die Gemeinde Rosendahl dann möglicherweise im HSK befinden könne und der Handlungsspielraum merklich eingeengt würde. Die CDU-Fraktion wünsche außerdem, dass schon in der Contracting-Ausschreibung deutlich gemacht werde, dass die Gemeinde keine Vergabe vornehmen müsse. Es mache daher auch keinen Sinn, vorab schon Bauleistungen seitens der Gemeinde durchzuführen.

Fraktionsvorsitzender Weber erinnerte an die hohen Kosten der Kunstrasenplätze und äußerte die Vermutung, dass diese Kosten der Grund seien, die Maßnahme zu verschieben. Contracting halte er außerdem grundsätzlich für eine teurere Variante.

Fraktionsvorsitzender Mensing gab zu bedenken, dass seine Fraktion von Beginn an eine Wirtschaftlichkeitsberechnung beantragt hätte, die bislang vorgelegten Gutachten diesem Anspruch aber noch nicht vollständig gerecht würden. Die im neuesten Gutachten von der Fa. Seeger dargestellten Einsparpotenziale seien möglicherweise auch für Gas realisierbar.

Ratsmitglied Kuhl erläuterte, dass die von Herrn Mensing angesprochene Kostenersparnis nicht auf die Wahl des Energieträgers, sondern insbesondere auf die Reduzierung der baulichen Maßnahmen zurückzuführen sei. Den vorzeitigen Einbau eines Heizkessels halte er für überhaupt nicht sinnvoll, da später Schwierigkeiten entstehen könnten. Ansonsten sei von Vorteil, dass mit der Holzhackschnitzelheizung auch die Gemeinde Rosendahl einen Beitrag zur Reduzierung der CO₂-Belastung leisten könne.

Ratsmitglied Wünnemann sprach sich ebenfalls gegen den vorzeitigen Einbau eines Kessels aus.

Ratsmitglied Henken sprach sich für eine Verschiebung der Maßnahme aus. So könne Zeit gewonnen werden, um noch offene Fragen zu klären, wie beispielsweise die konkreten Kosten einer Mulde Holz oder die Möglichkeit der Durchführung wärmedämmender Maßnahmen.

Fraktionsvorsitzender Mensing erinnerte nochmals daran, dass die Kosten einer Kilowattstunde nicht genau beziffert werden könnten. Eine Entscheidung für oder gegen Holz/Gas bzw. nur Gas sei so letztlich nur eine ideologische Entscheidung, weniger eine wirtschaftliche. Die WIR-Fraktion bestehe daher weiterhin darauf, dass

auch eine Gegenrechnung bei Verwendung einer Gasheizung erstellt werde.

Ratsmitglied Schröder warnte davor, dass eine Verschiebung der Maßnahme dazu führe, dass Einsparpotenziale nicht genutzt würden.

Fraktionsvorsitzender Steindorf formulierte nochmals die Haltung seiner Fraktion und wies darauf hin, dass der Beschlussvorschlag mit der Alternative B laut Schreiben vom 20.11.2006 gewünscht werde.

Ratsmitglied Neumann vertrat die Auffassung, dass eine Entscheidung nur zwischen den Alternativen A und B fallen könne.

Ratsmitglied Everding berichtete, dass sie aus der Bevölkerung angesprochen worden sei mit der Bitte, der Rat möge sich für die bewährte Gasheizung entscheiden.

Fraktionsvorsitzender Steindorf stellte daraufhin den Antrag auf Abstimmung über den Beschlussvorschlag unter Berücksichtigung der Alternative B.

Fraktionsvorsitzender Weber erkundigte sich, wann eine Entscheidung über den Zeitpunkt der Realisierung gefasst werden würde.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass in dieser Sitzung zunächst nur eine Entscheidung für die Holzhackschnitzelheizung getroffen werde mit Realisierungsziel 2007, aber eine Entscheidung über das mögliche Contracting erst nach der Ausschreibung Anfang 2007 getroffen würde.

Allgemeiner Vertreter Gottheil ergänzte, dass im Haushalt 2007 auf jeden Fall eine Veranschlagung der Gesamtmaßnahme erfolgen müsse, um entsprechend reagieren zu können, falls die Contracting-Ausschreibung aufgehoben werde.

Fraktionsvorsitzender Mensing beantragte zur internen Fraktionsberatung eine kurze Sitzungsunterbrechung.

Die Sitzung wurde von 20.25 Uhr bis 20.35 Uhr unterbrochen.

Anschließend erklärte Ratsmitglied Neumann für die WIR-Fraktion, dass eine Holzhackschnitzelheizung als ideologische Lösung befürwortet werden würde, die Alternative Gaskaskadenheizung aber dennoch auf ihre Wirtschaftlichkeit hin geprüft werden solle.

Ratsmitglied Schröder entgegnete hierauf, dass es bereits umfangreiche Wirtschaftlichkeitsberechnungen gegeben habe und nicht immer neue Berechnungen gefordert werden könnten.

Anschließend fasste der Rat folgenden **Beschluss**:

1. Für die Erneuerung der Heizungsanlage für das Schulzentrum wird die Variante „**Holzhackschnitzelheizung mit Gasspitzenkessel**“ gewählt, und zwar mit folgenden Maßgaben:
 - Die Holzhackschnitzelheizung wird in der bisherigen Heizzentrale eingebaut.
 - Die notwendigen beiden Container werden südlich der Heizzentrale (im Wesentlichen auf der vorhandenen Grünfläche) aufgestellt.
 - Der Gasspitzenkessel wird in der Zweifachsporthalle aufgestellt.

- Beide Kesselanlagen werden über ein neues Wärmenetz verbunden.
 - Die Fertigstellung und Inbetriebnahme der neuen Gesamtanlage soll im **September 2007** erfolgen.
2. Die Gemeinde Rosendahl ist grundsätzlich bereit, mit dem Ingenieurbüro Idee-Seeger, Hessisch Lichtenau, zusammenzuarbeiten. Als erster Schritt wird der Bürgermeister ermächtigt, dem Ingenieurbüro Idee-Seeger den Auftrag für die „Vorplanung“ und „Entwurfsplanung“ zu erteilen.
 3. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Ingenieurbüro Idee-Seeger eine Contracting-Ausschreibung für die Erneuerung der Heizungsanlage durchzuführen. Die hierdurch entstehenden Kosten in Höhe von max. 3.850 € werden von der Gemeinde Rosendahl getragen.

Die Contracting-Ausschreibung muss der Gemeinde Rosendahl freistellen, nach Durchführung der Ausschreibung diese aufzuheben, soweit sich aus der Sicht der Gemeinde die Wirtschaftlichkeit für die Erneuerung der Heizungsanlage in Eigenregie ergeben sollte. Die abschließende Entscheidung hierzu trifft der Gemeinderat nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss.

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen
 6 Nein-Stimmen

6 Umsetzung eines Logos für die Gemeinde Rosendahl Vorlage: VII/427

Ratsmitglied Kuhl erklärte, dass das vorgestellte Logo akzeptabel sei, der Slogan hingegen seine Zustimmung nicht fände. Er plädiere dafür, den alten Slogan „Drei Dörfer zum Wohlfühlen“ beizubehalten.

Fraktionsvorsitzender Steindorf ergänzte, dass in der CDU- Fraktion hierzu kein Fraktionsbeschluss vorläge. Das Logo sei zwar gewöhnungsbedürftig, aber für seinen Zweck geeignet. Allerdings halte auch er den alten Slogan für besser.

Für die SPD-Fraktion gab Fraktionsvorsitzender Branse bekannt, dass sich seine Fraktion mehrheitlich für das neue Logo und den alten Slogan ausgesprochen habe.

Fraktionsvorsitzender Weber erklärte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass er einen Diskussionsprozess vermisse und er es bedauere, dass die Bevölkerung bei der Entwicklung des Logos nicht einbezogen worden sei. Auch sei bislang die Frage, wofür das Logo stehe, seiner Ansicht nach nicht beantwortet. Dieses sollte nachgeholt werden.

Ratsmitglied Everding wies darauf hin, dass der alte Slogan in der Bevölkerung fest verankert sei. Sie habe in der Diskussion jedoch häufig feststellen müssen, dass das neue Logo fälschlicherweise als Ersatz für das Wappen der Gemeinde Rosendahl angesehen worden sei. Sie hoffe, dass die Folgekosten im finanziellen Rahmen blieben. So müssten beispielsweise die Ortseingangstafeln erneuert werden. Sie sprach sich dafür aus, den jeweiligen Standort der Tafeln zu überprüfen, da diese an einigen Stellen (z.B. an der Holtwicker Straße) nur schlecht zu erkennen seien.

Fraktionsvorsitzender Mensing wies für die WIR-Fraktion darauf hin, dass das Logo nur in Verbindung mit dem neuen Slogan „Drei Orte zum Aufblühen“ Sinn mache, denn dieser erkläre erst den Zusammenhang mit den dargestellten „Blüten“.

Ratsmitglied Wünnemann erläuterte, dass das neue Logo insbesondere bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf eine positive Resonanz gestoßen sei. Er bat um Abstimmung über den alternativen Beschlussvorschlag.

Ratsmitglied Haßler kritisierte, dass beide Alternativen des Beschlussvorschlages die Einführung des neuen Logos vorsähen. Es gäbe daher ihrer Ansicht nach keine Möglichkeit, grundsätzlich gegen das Logo zu stimmen.

Ratsmitglied Schulze Baek lobte den hohen Wiedererkennungswert des Logos und schlug vor, wie bereits von Herrn Wünnemann gefordert, über die weitergehende Alternative des Beschlussvorschlages – neues Logo und alter Slogan – abstimmen zu lassen.

Daraufhin fasste der Rat folgenden **Beschluss**:

Der Umsetzung des durch das Büro HEINWARNECKE entwickelten Logos für die Gemeinde Rosendahl wird zugestimmt, wobei jedoch der bisherige Slogan „Drei Dörfer zum Wohlfühlen“ beibehalten wird.

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen
 6 Nein-Stimmen

7 Resolution des Rates der Gemeinde Rosendahl gegen die Erhöhung der Elternbeiträge durch den Kreis Coesfeld

Fraktionsvorsitzender Steindorf verlas die Resolution seiner Fraktion zur geplanten Erhöhung der Elternbeiträge durch den Kreis. Der Text der Resolution und die Liste der Unterzeichner sind der Niederschrift als **Anlage I** beigefügt.

Anschließend bat er alle Ratsmitglieder, diese Resolution durch ihre Unterschrift mit zu unterstützen.

Fraktionsvorsitzender Mensing erklärte für sich persönlich, dass er der Resolution nicht folgen könne. Bereits 2006 habe er für die WIR-Fraktion eine ähnliche Resolution vorgestellt, als es auf Landesebene massive Kürzungen im Jugendbereich gegeben hätte. Damals hätten die Ratsmitglieder ihre Unterstützung versagt. In der von der CDU-Fraktion vorgestellten Resolution vermisse er die Nennung der Verursacher, nämlich die Landesregierung. Er könne daher diese Resolution nicht unterschreiben.

Für die SPD-Fraktion erläuterte Fraktionsvorsitzender Branse, dass die geplante Erhöhung der Elternbeiträge die Eltern treffen würde. Sollte sie nicht realisiert werden, müsse der Fehlbetrag über die Kreisumlage aufgefangen werden und somit von allen Bürgern mitgetragen werden. Dies halte er für richtig und konsequent. Solange die Gemeinde Rosendahl hierzu in der Lage sei, solle sie an dieser Stelle finanziell sich engagieren, um die Familienfreundlichkeit der Gemeinde zu demonstrieren.

Fraktionsvorsitzender Steindorf bestätigte diese Intention. Die Gemeinde Rosendahl

könne mit dieser von allen Fraktionen unterzeichneten Resolution ihre Familienfreundlichkeit unter Beweis stellen. Ratsmitglied Schröder schloss sich dieser Auffassung an.

Ratsmitglied Neumann erklärte, dass er sich der Resolution anschließen könne, wies jedoch darauf hin, dass sie eigentlich zu spät käme und bereits früher Zeichen hätten gesetzt werden müssen.

Fraktionsvorsitzender Weber erläuterte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass die Resolution richtig sei, es aber auch darauf ankäme, mit den Kreistagsabgeordneten entsprechende politische Diskussionen zu führen.

Ratsmitglied Wünnemann ergänzte, dass mit der Resolution gute kommunalpolitische Arbeit unter Beweis gestellt werden könne.

Ratsmitglied Neumann erinnerte an die bevorstehende Sitzung des Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschusses am 29. November 2006, in der unter anderem auch die Arbeit des Kreisjugendamtes vorgestellt werde. Die Resolution böte hierfür eine gute Diskussionsgrundlage.

Fraktionsvorsitzender Mensing wandte erneut ein, dass sich die CDU-Fraktion inkonsequent verhalte. Sie unterstütze einerseits die Haltung der CDU-Landesregierung zur Einhaltung des Konnexitätsprinzips, protestiere andererseits gegen die Auswirkungen auf kommunaler Ebene.

Ratsmitglied Everding erklärte, dass der größte Teil der WIR-Fraktion die Resolution unterstützen werde.

Fraktionsvorsitzender Mensing bat Bürgermeister Niehues um Erläuterung, wie jene Kommunen, die sich im Haushaltssicherungskonzept befänden, reagieren werden, falls die Erhöhung vom Kreistag nicht beschlossen würde.

Fraktionsvorsitzender Steindorf wandte ein, dass diese Frage keinen Bezug zur Resolution hätte.

Ratsmitglied Rottmann bat daraufhin um Abstimmung.

Anschließend ließ Bürgermeister Niehues über die Resolution **abstimmen**.

Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen
 1 Enthaltung.

Damit war die Resolution einstimmig angenommen.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass er die Resolution unverzüglich an den Kreis weiterleiten werde.

8.1 Änderungen des Sitzungskalenders

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass weitere Änderungen des Sitzungskalenders notwendig geworden seien.

Zunächst würde die geplante Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 14. Dezember 2006 mangels ausreichender Beratungspunkte entfallen.

Außerdem könne aus programmtechnischen Gründen der Haushaltsplanentwurf 2007 nicht mehr wie vorgesehen zur nächsten Ratssitzung am 21. Dezember 2006 erstellt werden. Die notwendige Programminstallation, die aufgrund von Änderungen des Kostenrahmenplanes durch den Gesetzgeber notwendig geworden sei, erfolge voraussichtlich erst Ende November. Dieses Problem läge bei allen Kommunen, die bereits auf NKF umgestellt hätten, vor.

In Anbetracht der Tatsache, dass die einzelnen Fraktionen ihre Klausurtagungen zum Haushalt 2007 zum Teil bereits fest terminiert hätten, schlage er vor, eine zusätzliche Ratssitzung für den 08. Januar 2007 vorzusehen. In dieser Sitzung, deren einziger Tagesordnungspunkt die Einbringung des Haushaltsentwurfes 2007 sein werde, könne bereits ausführlich über den Entwurf gesprochen werden. Es blieben den Fraktionen dann noch einige Tage bis zu den Haushaltsklausuren, um sich mit dem Entwurf zu beschäftigen. Diese Terminierung böte außerdem den Vorteil, dass die Termine für die sich anschließenden Ausschusssitzungen nicht geändert werden müssten. Die Einladung zu dieser ersten Ratssitzung im neuen Jahr würde frühzeitig vorliegen.

Alle Fraktionen erklärten sich mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise einverstanden.

8.2 Neue Form der Weihnachtsbeleuchtung in Holtwick

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass in Abstimmung mit dem örtlichen Werbering die Weihnachtsbeleuchtung im Ortsteil Holtwick geändert werde. Statt der mit Lichterketten geschmückten hohen Bäume würden Lichtergirlanden über den Straßen installiert. Diese Änderung hätte den Vorteil, dass der gemeindliche Bauhof erheblich weniger Zeit für die Anbringung der Weihnachtsbeleuchtung aufwende und die Kosten für den Einsatz eines Steigers eingespart werden könnten.

8.3 Gedenkfeier zu Ehren der Opfer von Krieg und Gewalt in Darfeld

Bürgermeister Niehues erinnerte an die bevorstehende Gedenkfeier zu Ehren der Opfer von Krieg und Gewalt am 26. November 2006 im Ortsteil Darfeld. Eine Information über alle drei Gedenkfeiern in Rosendahl läge bereits allen Ratsmitgliedern vor.

9 Anfragen der Ratsmitglieder gemäß § 17 Abs. 2 GeschO

9.1 Schreiben von MdB Karl Schiewerling zur Ampelanlage an der B 474 in Holtwick - Herr Wünnemann

Ratsmitglied Wünnemann verlas auszugsweise ein Schreiben des Bundestagsabgeordneten Schiewerling zur Ampelanlage an der B 474 im Ortsteil Holtwick. Das Schreiben ist der Niederschrift als **Anlage II** beigelegt.

9.2 Gewässerschutz in Rosendahl - Herr Wünnemann

Ratsmitglied Wünnemann erkundigte sich, ob auch auf dem Gebiet der Gemeinde Rosendahl eine Belastung der Gewässer mit PFT festgestellt worden sei.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass ihm darüber nichts bekannt sei. Wenn es Probleme gegeben hätte, wäre eine Mitteilung seitens des Kreises eingegangen. Es werde jedoch beim Kreis diesbezüglich nachfragen lassen.

9.3 Akzeptanz von Kunstrasenplätzen - Herr Wünnemann

Ratsmitglied Wünnemann erkundigte sich, warum Fußballprofis Kunstrasenplätze meiden würden.

Bürgermeister Niehues sah sich nicht in der Lage, diese Frage zu beantworten.

9.4 Gefährdungen durch Stolperkanten an der Kirchstraße in Holtwick - Herr Weber

Ratsmitglied Weber wies darauf hin, dass im Bereich der Baustelle an der Kirchstraße im Ortsteil Holtwick die Einfriedungen von Pflanzbeeten hohe Kanten aufwiesen, die eine Gefahr für Fußgänger darstellten.

Bürgermeister Niehues sagte eine Überprüfung zu.

10 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO

10.1 Fehlendes Sackgassenschild an der Straße von Forcé in Holtwick - Herr Kreuzfeldt

Herr Kreuzfeldt erkundigte sich, warum das von ihm bereits in der letzten Ratssitzung angeregte Sackgassenschild an der Straße von Forcé im Ortsteil Holtwick noch nicht angebracht worden sei.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass die Anbringung in die Wege geleitet worden sei und eine weitere Beantwortung über das Protokoll erfolgen werde.

Anmerkung zur Niederschrift:

Das Sackgassenschild wurde umgehend bestellt, ist jedoch noch nicht geliefert worden. Sobald es vorhanden ist, wird das Schild umgehend angebracht.

10.2 Gefährdung durch gelockerte Pfosten an der Kirchstraße - Herr Strahl

Herr Strahl wies darauf hin, dass im Bereich der Baustelle an der Kirchstraße im Ortsteil Holtwick von den dortigen Stahlpfosten eine Gefahr für Fußgänger ausginge, da diese Pfosten umgefahren wurden und dadurch nicht mehr stabil seien.

Bürgermeister Niehues sagte eine Überprüfung zu.

Es schloss sich eine kurze Sitzungspause von 5 Minuten an.

Franz-Josef Niehues
Ausschussvorsitzende/r

Dorothea Roters
Schriftführer/in